

Alfred Escher : der Politiker und seine Verbindung in den Thurgau

Autor(en): **Jung, Joseph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Thurgauer Jahrbuch**

Band (Jahr): **82 (2007)**

PDF erstellt am: **20.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-699952>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**Alfred Escher – der Politiker
und seine Verbindung in den Thurgau**

Alfred Escher – der Politiker und seine Verbindung in den Thurgau

Wenige Politiker sind im Volk bekannt und bleiben ihm in Erinnerung, wenn sie die Bühne des öffentlichen Lebens verlassen haben. Mehr noch als für Bundesräte gilt das für Parlamentarier. Und doch brachte gerade das 19. Jahrhundert Persönlichkeiten hervor, die den Bundesstaat in einem Masse prägten, wie dies in der heutigen Politik nicht mehr vorstellbar ist. Eine solche Figur ist Alfred Escher, der nach Leistung und Wirkung längst Aufnahme ins helvetische Pantheon hätte finden müssen. Doch politische Helden sind in der Schweiz verpönt, sei es wegen der republikanischen Abwehrhaltung gegenüber allem allzu Grossen oder wegen des grundsätzlichen föderalistischen Misstrauens gegenüber dominanten Machtfaktoren in der nationalen Politik.

Zürcherischer und eidgenössischer Politiker: Die letzte und grösste Stunde des Schweizer Grossbürgertums

Die herausragende politische Stellung, die Escher auf kantonalzürcherischer Ebene einnahm, dokumentiert sich in Zahlen: Während 38 Jahren, von 1844 bis zu seinem Tod 1882, sass Escher im Zürcher Kantonsrat (Grossrat), sechsmal war er dessen Präsident (1848, 1852, 1857, 1861, 1864, 1868). Während sieben Jahren (1848–1855) war er Zürcher Regie-

rungrat, davon während vier Jahren Regierungspräsident. Ein ähnliches Bild zeigt sich auf eidgenössischer Ebene. Während 34 Jahren (1848–1882) sass Escher im Nationalrat und wurde viermal zu dessen Präsidenten gewählt (1849, 1855, 1856 und 1862); 1855 nahm er aus gesundheitlichen Gründen die Wahl nicht an. Keinem anderen Politiker des 19. und 20. Jahrhunderts gebührt ein solcher Palmarès. Noch aussergewöhnlicher nimmt sich Eschers politische Karriere aus, wenn man seinen kometenhaften Aufstieg und die Tatsache bedenkt, wie viele Ämter er gleichzeitig bekleidete. Mit 26 Jahren war er zürcherischer Grossrat und Tagsatzungsgesandter, mit 29 Zürcher Regierungsrat, erstmals Präsident des Zürcher Grossen Rates und eines der jüngsten Mitglieder des 1848 gewählten ersten Nationalrates, mit 30 erstmals Regierungsratspräsident und Nationalratspräsident. Noch war das neu geschaffene eidgenössische Parlament 1848 nicht zu seiner ersten Sitzung zusammengetroffen, da wurde der 29-jährige Zürcher schon als eidgenössischer Kommissär in den Kanton Tessin geschickt. Und über die ganze Zeit seiner politischen Tätigkeit betrachtet, sass Escher in rund 200 eidgenössischen und zürcherischen Kommissionen, von denen er einen grossen Teil präsidierte.

Nicht allein die eindrücklichen Zahlen an Ämtern und Jahren sind es, die Alfred Escher als markante Gestalt auf der politischen Bühne der Schweiz auftreten lassen. Auch fehlten dem Zürcher verschiedene Attribute, die andere Politiker auszeichneten: Er hatte trotz jahrzehntelanger Politikertätigkeit nicht den Nimbus eines Doyens, wie zum Beispiel Bundesrat Emil Welti. Er war keine populistische Führerfigur, die in der Menge badete wie der Berner Jakob Stämpfli, sein ehemaliger radikaler Kampfgenosse und späterer Gegenspieler. Er zeichnete sich nicht durch respektvolle Zurückhaltung und versöhnliche Kompromissbereitschaft aus wie sein Zürcher Freund, der erste Bundespräsident Jonas Furrer. Escher war kein Redner, der seine Ratskollegen mit rhetorischer Brillanz überzeugte und die Emotionen des Volkes in Wallung brachte. Escher war auch nicht in erster Linie Visionär, was ihm bis heute immer wieder zugeschrieben wird: Alfred Escher war Realpolitiker und hinterliess entsprechend deutliche Spuren. Sein Liberalismus beseitigte die Widerstände, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts der modernen wirtschaftspolitischen Entwicklung der Schweiz in den Weg gestellt hatten. Seine persönliche politische Entwicklung liess ihn den ursprünglichen radikalen Zentralismus abstreifen und zum Wirtschaftsliberalen mutieren.

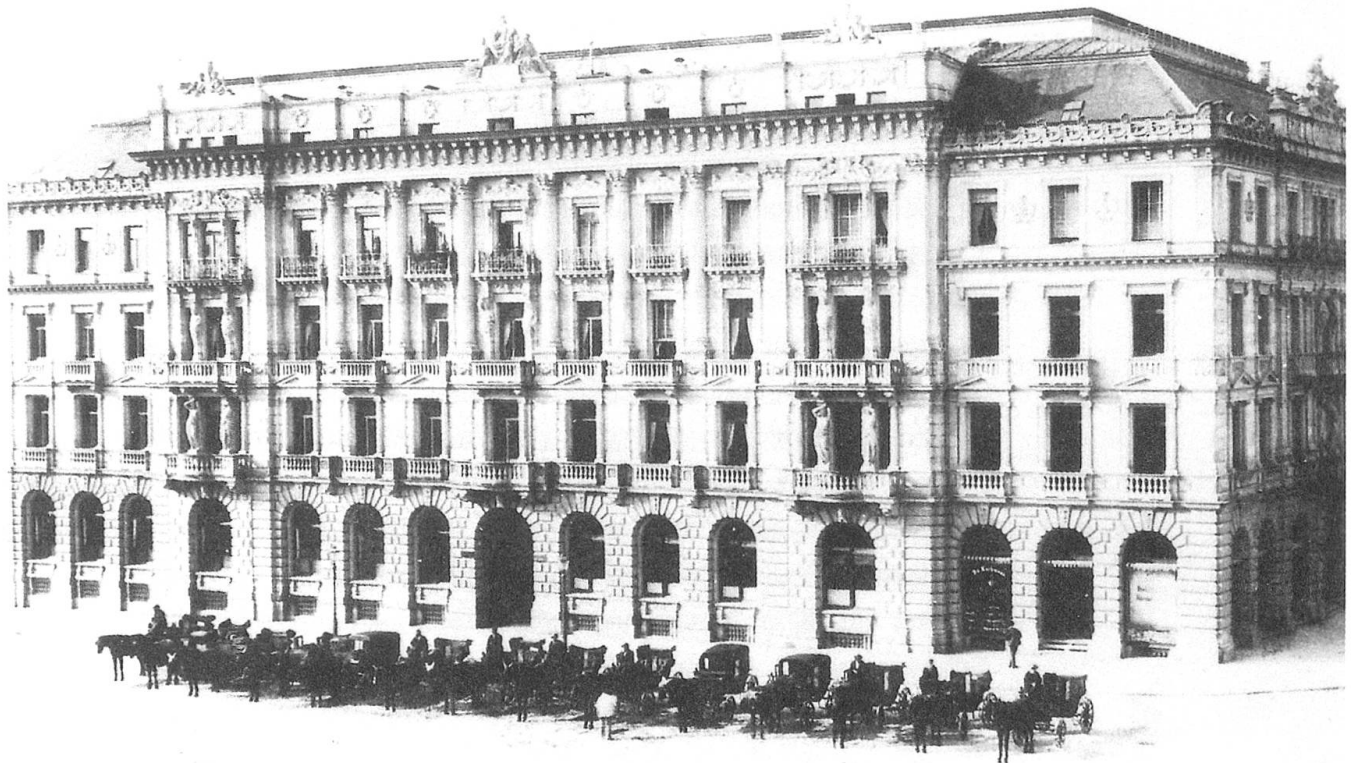
Man titulierte Escher König Alfred I. oder Princeps, man nannte ihn Diktator und gab ihm eine Fülle sarkastischer Bezeichnungen: «... er steht ganz wie ein Souverain und um so mehr, weil er den Titel nicht hat», fasste Theodor Mommsen dieses Phänomen in Worte. Dass Escher 1880 am Festakt zum 25-jährigen Bestehen des Polytechnikums mit keinem Wort erwähnt und im selben Jahr zu den Feierlichkeiten aus Anlass des Gottharddurchstichs nicht eingeladen wurde, obwohl beide Ereignisse unverkennbar seine Handschrift verrieten, ist symbolhaft: Die anwesenden Honoratioren wollten nicht in Eschers Schatten stehen. Dies ist die eine Seite. Die andere: Alfred Escher, bereits zu Lebzeiten zum politischen Denkmal geworden, war Ende der 1870er-Jahren auch bei seinen ehemaligen freisinnigen Freunden in Ungnade gefallen. Die finanziellen Krisen des Gotthardprojekts und der Nordostbahn hatten ihn schwer gezeichnet, und nun wollten sich viele Parteigänger nicht mehr zu ihm bekennen. Und beide Seiten – die politische Illumination wie die Abwendung seiner Partei – belegen letztlich nur das eine: Alfred Escher überragte als politische Persönlichkeit das gewohnte Mass in einer Weise, wie man dies in der Schweiz auf Dauer nicht zu ertragen pflegt.

Der Präsident des Nationalrats ist formell der «höchste Schweizer». Im 19. Jahrhundert mehr als im 20. Jahrhundert konnte er sich zu einem eigentlichen schweizerischen Schattenkönig entwickeln. Es fehlt nicht an Äusserungen, welche die Macht Eschers auf der nationalen Ebene illustrieren. Der Radikale Louis Ruchonnet schrieb 1866, die Bundesversammlung befinde sich in der Hand von einigen «grossen Tieren», angeführt vom Zürcher Alfred Escher. «Diese Leute treten nicht in den Bundesrat ein, beherrschen ihn aber – ohne Verantwortung.» Philipp Anton von Segesser beschrieb die Machtverhältnisse nach 1848 in einem ähnlich bissigen Ton: «Sehr bald bildete sich dann ein engerer Kreis von Männern, die alle Initiative in den öffentlichen Angelegenheiten in ihren Händen vereinigten; man nannte sie, da sie meistens gut situiert oder auf dem Wege waren, es zu werden, und sich mit besonderem Selbstbewusstsein bewegten, scherzweise die «Bundesbarone». Um sie kreisten die Sterne zweiter Grösse, die Aspiranten, Schmarotzer, von denen es aber nur wenigen gelang, mit der Zeit in jene höhere, sich gegenteils immer verengende Kategorie aufzusteigen. Jener repräsentative und industrielle Liberalismus steht der Aristokratie in dem Punkt am nächsten, dass er Stabilität der Parteiführung, Bildung untergeordneter Coterien, gegliederte Association der Interessen begünstigt.»

In den Anfängen des Bundesstaates wurden die politischen Karten ausschliesslich vom radikal-liberalen Lager vergeben. Doch dieser Machtapparat zerfiel in dem Masse, wie Sachthemen die politische Tagesordnung zu bestimmen begannen. Und dann sollte sich zeigen, dass die politischen Bande, die vor 1848 diese fortschrittlichen Kräfte gebündelt hatten, den Zusammenhalt nicht mehr sicherten.

Anders als heute, da die Wahl zum Nationalratspräsidenten vorab Anciennitäts- und Proporzüberlegungen folgt, war sie im 19. Jahrhundert ein eigentlicher Popularitätstest. Um Nationalratspräsident zu werden, brauchte man im Parlament eine Hausmacht. Wie stark die Gruppe um Escher war, zeigte sich daran, dass der Zürcher bis in die 1860er-Jahre grundsätzlich der Unterstützung durch 60 bis 70 Parlamentarier sicher sein konnte. Zum Vergleich: 1848 zählte der Nationalrat 111 Sitze; 1851: 120; 1863: 128; 1872: 135; 1881: 145. Die aussergewöhnliche Stellung, die Alfred Escher über die Jahre im Nationalrat einnahm, wird dadurch illustriert, dass der Zürcher Politiker der einzige Parlamentarier in der Geschichte des Bundesstaates ist, der viermal zum Nationalratspräsidenten gewählt wurde. Überblickt man die Liste aller Nationalratspräsidenten, so stellt man fest, dass es auch keinen Parlamentarier gibt, der dreimal zum Nationalratspräsidenten gewählt wurde. Zwei Amtszeiten bekleideten immerhin sechs Parlamentarier. Mit der Wahl eines Nationalratspräsidenten setzte man zudem ein Zeichen für die politische Haltung in wichtigen Sachfragen. Besondere Bedeutung kam den Wahlen vor innenpolitischen Weichenstellungen oder in Zeiten äusserer Bedrohung zu. Hier gab die Wahl die Richtung vor, die zu beachten der Bundesrat gut tat.

Jede Wahl Eschers zum Nationalratspräsidenten stand unter einem besonderen Stern. Bemerkenswert erscheint die erstmalige Wahl 1849 nicht nur, weil sie in das zeitliche Umfeld des «Büsingener Handels» einzubetten war, sondern auch weil Escher damals gerade erst 30 Jahre zählte. Beim zweiten Mal, 1856, war die Schweiz in ernsthafte aussenpolitische Händel mit Preussen verwickelt, die sogar in kriegerische Auseinandersetzungen auszuarten drohten. Auch 1862 erfolgte die letztmalige Wahl Eschers zum Nationalratspräsidenten im Kontext aussenpolitischer Wirren und Herausforderungen. Zwar war die «Savoyer Frage» kurz zuvor gelöst worden, doch musste nun der weitere Gebietskonflikt mit Frankreich wegen des Dappentals bereinigt werden, was unter Nationalratspräsident Escher denn auch gelang.



Dieselben Zeichen wurden bei der Wahl in parlamentarische Kommissionen und namentlich für diejenige des erstgewählten Mitglieds oder Sprechers gesetzt. Bereits die quantitative Betrachtung der Kommissionsstatistik Alfred Eschers zeigt eine weitere aussergewöhnliche Facette. Insgesamt gehörte der Zürcher zwischen 1848 und 1882 nicht weniger als 103 nationalrätlichen Kommissionen an, von denen er 70 präsiidierte. Kein anderer Nationalrat erreichte auch nur annähernd eine solche Zahl. Anhand seiner Kommissionstätigkeit lassen sich interessante Merkmale der politischen Tätigkeit Eschers aufzeigen. Es fällt auf, dass 72 Kommissionen (70%), denen Escher angehörte, in den ersten 17 Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit (bis 1865) eingesetzt wurden, in der Blütezeit des Wirtschaftsliberalismus. Auf die weiteren 17 Jahre seiner Amtszeit entfallen 31 Kommissionen.

Grundsätzlich liess sich Escher vor allem in Kommissionen wählen, in denen grundlegende infrastrukturelle Weichen gestellt wurden oder wichtige finanzielle, politische und rechtliche Fragen zu beantworten waren. Von besonderem Gewicht war sein Wirken in den aussenpolitischen Kommissionen zur Neuenburger Frage, zum Savoyer Handel und zur

Hauptfassade des 1872-1876 von Jakob Friedrich Wanner (1830-1903) erbauten Geschäftssitzes der Schweizerischen Kreditanstalt am Paradeplatz. Zum Aussehen des Gebäudes erklärte Alfred Escher, es müsse «der Stadt Zürich ebensosehr zur Verschönerung und Zierde dienen wie der in seiner Art einzigen Bahnhof». Fotografie um 1890.

Dappentalfrage, die er auch präsidierte. In diesen Kontext gehören weitere aussenpolitisch Kommissionen, welche Neutralitätsfragen oder Probleme mit Nachbarstaaten und Schweizer Vertretungen im Ausland betrafen. Fast alle diese Kommissionen präsidierte Escher. Bemerkenswert häufig liess er sich in Petitionskommissionen wählen. Da die direktdemokratischen Volksrechte im jungen Bundesstaat noch nicht so ausgebaut waren wie heute, waren diese Kommissionen von grosser Wichtigkeit, boten sie doch mitunter für einzelne Bürger oder Interessengruppen die einzige Möglichkeit, sich in Bern Gehör zu verschaffen. Zu den wegen ihrer volkswirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Bedeutung herausragenden Kommissionen in der Zeit Eschers gehören zweifelsohne jene beiden, die sich mit grundlegenden infrastrukturellen Weichenstellungen befassten: die Eisenbahnkommission mit Escher als Vorsitzendem und die Kommission, die sich mit der Errichtung einer eidgenössischen Universität und einer polytechnischen Schule zu befassen hatte. Als letzter Schwerpunkt zu erwähnen ist schliesslich Eschers Kommissionstätigkeit bei verschiedenen Revisionen der Bundesverfassung.

Im Gründungsjahr des Bundesstaates befand sich die schweizerische Wirtschaft in einer schwierigen Lage. Als Folge einer europaweiten Wirtschaftskrise hatten verschiedene europäische Länder protektionistische Massnahmen ergriffen. Die Schweiz war davon in besonderem Masse betroffen, war doch ihr Heimmarkt begrenzt und ihre Exportabhängigkeit entsprechend gross. Dazu kamen die Missernten der Jahre 1845 bis 1847, die zu einer Versorgungskrise führten und breite Bevölkerungsschichten empfindlich trafen. Wohl hatte in der Schweiz mit Baumwollspinnereien die Industrialisierung schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihren Anfang genommen und wurde in der Folge durch die Maschinenindustrie mächtig verstärkt, doch waren 1850 noch mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. Allerdings war die Produktivität der Bauernbetriebe gering, nicht zuletzt wegen des damaligen Erbteilungssystems. Als Folge davon musste die Schweiz rund die Hälfte ihres Getreidebedarfs importieren. Trotz des vergleichsweise hohen Industrialisierungsgrades, den die Schweiz damals aufwies, bestanden vor der Errichtung des Bundesstaates schwerwiegende infrastrukturelle Mängel, die es im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung raschmöglichst zu beseitigen galt. Dazu gehörten insbesondere ein ungenügend ausgebautes Verkehrsnetz mit einer Vielzahl von Weggeldern und Zollgebühren, ein heillos kantonaler Münzwirrwarr, eine hinderliche Vielfalt

von Mass- und Gewichtseinheiten und ein für die Finanzierung von Grossprojekten im Industrie- und Eisenbahnbereich untaugliches Bankensystem. In den 1840er-Jahren lief die Schweiz Gefahr, durch den rudimentären Entwicklungsstand ihres Eisenbahnwesens regelrecht isoliert zu werden. Während 1850 die Schienennetze in Grossbritannien mit rund 10 000 km, in Deutschland mit annähernd 6000 km und in Frankreich mit rund 3000 km bereits stattliche Reichweiten aufwiesen, war in der Schweiz infolge fehlender staatspolitischer und staatsrechtlicher Grundlagen, aber auch infolge unversöhnlicher Standpunkte einzelner Landesteile und Städte einzig die rund 25 km lange Verbindung zwischen Zürich und Baden in Betrieb. Das Beispiel der rückständigen Entwicklung des Eisenbahnprojekts in der Schweiz steht für die Zeit vor 1848 symbolhaft: Die schweizerische Wirtschaft krankte an schwerwiegenden wachstumshemmenden Defiziten und war namentlich mit strukturpolitischen Problemen behaftet.

Der eigentliche Motor der wirtschaftlichen Entwicklung waren Mitte des 19. Jahrhunderts der von privaten Unternehmen getragene Bau und Betrieb der Eisenbahnen und die aggressive Wachstumsstrategie der um Streckenführung und Marktanteile kämpfenden Bahngesellschaften. Der Vormarsch des Dampfrosses stiess eine ganze Reihe weiterer wirtschaftlicher Entwicklungen an. Doch die Erkenntnis allein, dass Infrastrukturen geschaffen werden mussten, um zukunftsweisende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven abzustecken, reichte nicht aus, um im Wettbewerb der Städte, Regionen und Kantone zu bestehen. Hier brauchte es Politiker und Wirtschaftsvertreter, die dank einer starken Hausmacht in Regierung und Parlament in der Lage waren, ihre Konzeptionen durchzusetzen und auch unpopuläre Entscheide zu erwirken. Politik und Wirtschaft mussten zusammengehen, um den sich stellenden Herausforderungen gewachsen zu sein. So ergaben sich Konstellationen und Szenarien, die heute unmöglich wären – etwa wenn Politiker der kantonalen Exekutive gleichzeitig Führungspositionen in Wirtschaftsunternehmen bekleideten. Erfolgsentscheidend für den wirtschaftspolitischen Aufbruch der einzelnen Kantone war somit nicht allein die Tatsache, dass die neue Bundesverfassung von 1848 gegenüber der staatenbündlichen Lösung der Wirtschaft neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnete. Wohl waren mit der Niederlassungsfreiheit, dem Fall der Zollschränken, der Schaffung eines vereinheitlichten Post-, Mass- und Münzwesens unter Bundeshoheit wichtige Voraussetzungen für eine überkantonale Wirt-

schaft geschaffen. Das aber erklärt nicht, warum Stadt und Kanton Zürich eine dynamischere und expansivere Entwicklung durchmachten als andere Orte. Der Grund dafür, dass Stadt und Kanton Zürich zum wirtschaftlichen Zentrum der Schweiz aufrückten, war ebenso wenig die Verflechtung von Politik und Wirtschaft, denn diese fand sich auch andernorts. Der entscheidende Unterschied lag in der Tatsache, dass Zürich mit Alfred Escher eine wirtschaftspolitische Führungspersönlichkeit besass, die andere nicht hatten, und dass dieser nicht davor zurückschreckte, sein «System», seine Macht und seine Einflussmöglichkeiten gezielt und rücksichtslos einzusetzen – für die Schweiz in erster Linie, dann aber auch für Stadt und Kanton Zürich.

Eschers grosse wirtschaftspolitische Zeit war das «Erfolgsjahrzehnt», das von 1848/49 bis in die frühen 1860er-Jahre dauerte. In diese Zeit fielen die aussenpolitischen Erfolge Neuenburg, Savoyen und Dappental, innen- und vor allem wirtschaftspolitische Weichenstellungen wie der Eisenbahntscheid von 1852 und der Entscheid für das Polytechnikum 1854. In diesen Jahren realisierte Escher auch seine grossen wirtschaftlichen Schöpfungen: die Nordostbahn (1852/53), die Kreditanstalt (1856) und die Rentenanstalt (1857). Die Fähigkeit Eschers, bereits vorliegende Ideen aufzunehmen und umzusetzen, illustrieren zahlreiche Beispiele. Wie im Falle des Eisenbahnprojekts (Zürich-Bodensee-Bahn) bemächtigte er sich auch im Finanzbereich mit der Kreditanstalt und der Rentenanstalt bereits vorliegender Vorhaben und verstand es, diese durch beispiellosen Spürsinn, Geschicklichkeit und Tatkraft in sein Eigentum zu überführen und mit seiner Person zu verknüpfen. Der wohl grösste Erfolg folgte in den 1870er-Jahren. Mit dem Gotthardprojekt setzte Escher in eindrücklicher Weise den Schlusspunkt unter sein Lebenswerk. Doch da war auf der politischen Bühne der Schweiz für einen Mann seines Formats bereits kein Platz mehr.

Alfred Eschers wirtschaftspolitischer Einfluss stiess im zeitgenössischen Urteil auf teils scharfen Widerstand und bot Anlass zu grundsätzlicher Kritik. Dabei wurde auch Eschers Person in einer Weise attackiert, wie sie heute nicht mehr vorstellbar ist. Und doch: Gerade auch dieser wirtschaftspolitische Rahmen, den Escher mit seinem System absteckte, war eine wichtige Voraussetzung für seinen Erfolg. Die volksdemokratischen Rechte und die demokratischen Spielregeln späterer Jahre hätten nicht nur den politischen Aufstieg und das Machtzentrum Eschers verunmöglicht, sie hätten wohl auch den fulminanten Aufbruch der Schweiz

Mitte des 19. Jahrhunderts vereitelt. Für die Lösung der grossen Infrastrukturvorhaben brauchte es die grundsätzlichen Mehrheiten, die Escher im Nationalrat hatte; es bedurfte seines Systems, das wichtige und wichtigste Ämter und Funktionen zusammenschloss, einer Kommunikations-schiene, die Escher mit seinen Leuten im Bundesrat verband, mit Jonas Furrer an erster Stelle, später auch mit Jakob Dubs. Doch bereits mit ihm hatte das System seine Blütezeit hinter sich. Netzwerk und Machtapparat Eschers waren imposant. Es stellt sich die Frage, warum sich Alfred Escher angesichts seines politischen Einflusses nicht selbst in die Landesregierung wählen liess. Zweimal hat er ein solches Szenario überlegt, wenn auch nicht ernsthaft: 1848 bei der erstmaligen Zusammensetzung des Bundesrates und 1860, als Jonas Furrer im Amt verstarb und Jakob Dubs sein Nachfolger wurde. Jonas Furrer selbst war es, der 1848 mehrere Male seinen Freund Escher bat, den Kanton Zürich in der Landesregierung zu vertreten, um sich selbst zu entlasten. Die Gründe, die Furrer vorbrachte, galten auch für Escher: Man kann sich nicht vorstellen, wie der damals 29-jährige Escher sein familiäres Umfeld im Belvoir hätte verlassen können. Rund zehn Jahre später, nach dem Tod seines Freundes, hatte sich Escher bereits ein so gewaltiges wirtschaftspolitisches Imperium geschaffen, dass für ihn ein Wechsel in den Bundesrat keine valable Alternative mehr war. Ohnehin kann man sich angesichts der Persönlichkeitsstruktur des Wirtschaftsführers einen «Bundesrat Escher» nur schwer vorstellen.

Freilich war auch Kairos im Spiel. Eschers beispielloser Aufstieg in Politik und Wirtschaft, die Kumulation und Verflechtung seiner wirtschaftlichen Machtpositionen und politischen Ämter, nicht zuletzt auch sein patronaler Auftritt, der jeder Diskussion den Weg vorzeichnete, charakterisieren ihn als Grossbürger. Dabei trat er just in jenen Jahren auf die Bühne schweizerischer Öffentlichkeit, als die letzte und vielleicht grösste Stunde des Schweizer Grossbürgertums geschlagen hatte. Damals herrschten im Parlament klare Verhältnisse; die Regierung war nicht auf Konkordanz ausgerichtet, Referendum und Initiative waren als demokratische Volksrechte noch in weiter Ferne. In der Folge sollte das sich ausdifferenzierende demokratische System entschieden auf das schnell aufstrebende Kleinbürgertum setzen. In einem solchen Klima wäre für einen wirtschaftlichen und politischen Machtpol, wie Escher ihn verkörperte, kein Platz mehr gewesen.

Alfred Eschers Nationalratswahl im Kanton Thurgau 1857

Mitte der 1850er-Jahre wurden Stimmen laut, welche die Machtfülle Eschers und der «Eisenbahnbarone» kritisierten. Die «Thurgauer Zeitung» rapportierte: «Ein Fähnlein der politischen Blätter Intelligenzblatt, Landbote und ein Irregulärer in den Basl. Nachrichten streitet mit dem Feldgeschrei: «Fort mit den Eisenbahnherren!» und hat es besonders auf die Beseitigung von Dr. A. Escher, unstreitig zur Zeit Zürichs bedeutendster Bürger abgesehen.» Mit «schamloser Gemeinheit», «schmählichem Undank» und «Verläumdungssucht» ging man gegen Escher vor, was andernorts «wahren Eckel» hervorrief. Aufgrund dieser Schmähungen und Angriffe aus diversen Ecken kam die Angst auf, im Heimatkanton nicht mehr wiedergewählt zu werden. So anboten sich die Thurgauer Parteigänger Eschers, den Zürcher auf ihre Liste zu setzen: «Diese Erwägungen stiessen sowohl aus der Persönlichkeit des Vorgeschlagenen, als auch und zwar ganz besonders, aus Rücksichten der Bundespolitik her.» Die «Thurgauer Zeitung» bezog nun Position für Escher und setzte ihn in ihrem Wahlvorschlag auf Listenplatz 1, noch vor den langjährigen Regierungspräsidenten und Nationalrat Johann Baptist von Streng: «Wir müssten an der öffentlichen Gerechtigkeit, an dem gesunden Urteil verzweifeln, wenn solche niedrigen Taschenspielerkünste ehrgeiziger Intriganten oder Tollköpfe verfangen würden. Wie kann man diejenigen als Gegner des öffentlichen Wohls diskreditieren wollen, welche ein von der Neuzeit so lebhaft verlangtes Beförderungsmittel der Nationalwirtschaft hergestellt haben?» Und weiter: Jeder Kanton, der Alfred Escher zum Einzug in den Nationalrat ver helfe, würde eine «vaterländische Ehrenschild» erfüllen. Ausserdem sei seine Wahl «ein Zutrauensvotum für seine noble, gerade Haltung in den eidgenössischen Räten, ein Zutrauensvotum gegenüber seinen Gegnern, speziell Bern und St. Gallen, die ihn aus seiner hervorragenden Stellung verdrängen möchten, ein Zutrauensvotum gegenüber einer Richtung, deren namhafteste Vertreter eben Bern und St. Gallen liefern, die unter dem Vorgeben eidgenössischer Bestrebungen meist nur kantonale Sonderinteressen verfolgt». Nach solch fundamentaler Propaganda wurde Escher mit fast 70% der Stimmen an vierter Stelle als Thurgauer Nationalrat gewählt. Nachdem er aber auch in seinem Zürcher Wahlkreis wiedergewählt wurde und hier mit über 85% sogar die meisten der Stimmen erzielt hatte, verzichtete er auf seine Wahl im Kanton Thurgau. Er tat dies mit folgenden Worten: «Sehe ich mich (...) genötigt, die Wahl, mit der Sie mich beehrt, abzuleh-

nen, so haben Sie sie gleichwohl nicht vergebens getroffen. Sie haben durch dieselbe an den Tag gelegt, dass Sie bei diesen eidgenössischen Wahlen dem Zwecke derselben gemäss sich über den beschränkten kantonalen Standpunkt zu erheben und einen höhern schweizerischen einzunehmen vermögen.»

«Thurgauer Zeitung», 18./20./22./23./25. Oktober 1857, 7. November 1857

Auszüge mit freundlicher Zustimmung des Verlags NZZ aus: Joseph Jung, Alfred Escher. 1819–1882. Aufstieg, Macht, Tragik, Zürich 2007.